

Symposium

Soziologische Perspektiven zu Osteuropa, Teil 1

Jenseits des Postsowjetismus: Zur Rolle der Soziologie in der (Ost-)Europaforschung

Susann Worschech

Es war ein Aufsatz, der es soziologisch in sich hatte: über Identität, Kultur und Zugehörigkeit; über gemeinsam geteilte oder nicht geteilte Interpretationen; über historische und zeitgenössische Narrative von Revolution und politischer Gewalt; über Rollen, Skripte und ihre Umsetzung, schließlich über Transformation, Krise, Macht und alle Fragen der politischen Soziologie. Der am 12. Juli 2021 auf der Internetseite des Präsidenten der Russländischen Föderation veröffentlichte Text mit dem Titel »Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer«, als dessen Autor Wladimir Putin firmiert, steckt voller soziologisch relevanter Konzepte und hat, wie wir heute wissen, als ideologische Wegmarke zu Russlands Vollinvasion¹ in der Ukraine die Welt, wie wir sie kannten, verändert (Putin 2021). Der Text selbst besteht aus einer historischen Abhandlung im ersten und einem politischen Pamphlet im zweiten Teil und hat unter Osteuropa-Kenner:innen im Sommer 2021 für große Unruhe gesorgt. Engagierte Historiker:innen haben den Text umgehend eingeordnet (Behrends 2021; Kappeler 2021), politische und mediale Diskussionen griffen den Text mit der bangen Frage auf, was

¹ Da der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bereits mit dem Überfall auf die Krim und die Ostukraine im Februar/März 2014 begann, verwende ich in Bezug auf den Krieg Russlands seit dem 24. Februar 2022 den in der Ukraine gebräuchlichen Begriff der Vollinvasion oder des Krieges gegen die gesamte Ukraine als Abgrenzung zum seit Februar 2014 stattfindenden russischen Angriffskrieg.

der von Putin formulierte Anspruch der russisch-ukrainischen »Einheit« für Europa bedeuten könnte. Die Soziologie hingegen – schwieg.

Nun ist es mitnichten Aufgabe soziologischer Forschung, unmittelbar auf das gesellschaftliche oder politische Tagesgeschehen zu reagieren, es zu kommentieren und einzuordnen, auch wenn dies durchaus in wahrnehmbaren Maße geschieht, wie beispielsweise soziologische Überlegungen zur #MeToo-Debatte oder zur Coronapandemie zeigen. Heinz Bude (2023) hat in dieser Zeitschrift deutlich gemacht, wie eine aktiv beratende Rolle der Soziologie in der Pandemie – verstanden als »totales soziales Phänomen« – aussehen kann. In Bezug auf Osteuropa aber ist auf die von Bude gestellte Frage »Was ist soziologischer Sachverstand und wie sollte eine Soziologin ihn einsetzen?« kaum eine Antwort zu finden. In den wichtigsten deutschsprachigen soziologischen Zeitschriften – der KZfSS, der ZfS und dem BJS – sind in den jüngeren Ausgaben vor der Vollinvasion genau zwei Artikel erschienen, die sich in ihrer Forschungsperspektive direkt auf Osteuropa beziehen.² Wie kommt es, dass die sich doch als genuine Krisenwissenschaft verstehende Soziologie den Blick nach Osten und damit auf die Krisen der Transformation, die ganz Europa seit Jahrzehnten prägen, so hartnäckig verweigert? Und, was die wichtigere Frage ist: Welche Leerstellen und blinden Flecke sind durch diese Verweigerung entstanden, und wie könnte die Soziologie sie füllen? Schließlich: Welchen Mehrwert bietet die soziologische Perspektive in der Betrachtung Osteuropas, und welche Begrifflichkeiten braucht die Soziologie, um Differenzierung in Europas Osten jenseits des »Postsowjetischen« zu beschreiben? Diesen Fragen will das vorliegende Symposium in dieser und der nächsten Ausgabe der SOZIOLOGIE nachgehen.

Dass der Blick nach Osteuropa einseitig ist, stellten Ivan Krastev und Stephen Holmes (2018) unter anderem in ihrem Aufsatz »Imitation and its discontents« fest. Seit 1989 galt Osteuropa sowohl in politischen Konzepten der EU-Osterweiterung und der Europäischen Nachbarschaftspolitik wie auch in der politisch-philosophischen Wahrnehmung als ein Raum der Imitation, der aufholenden Modernisierung, der politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Konvergenz, die erst noch zu leisten sei. Damit perpetuierte sich eine Betrachtung Osteuropas als »das Andere«, das nicht in seiner Eigenständigkeit, auch inhärenten Widersprüchlichkeit und

2 Basierend auf meiner Recherche anhand der Stichworte »Osteuropa«, »Ukraine«, »Russland«, »Putin«. Die Recherche bezieht sich auf die Jahre 2019 bis 2021, um aktuelle Forschung abzubilden und zugleich die Publikationen seit der Vollinvasion Russlands zunächst auszuklammern.

Ambivalenz gesehen wurde, sondern in einer schier ewigen Pfadabhängigkeit der Verankerung im »post-sozialistischen« beziehungsweise »postsowjetischen« Raum. Zugleich bildete das westliche, vor allem EU-Europa als das »Nicht-Andere« nach wie vor den Referenzrahmen der soziologischen, aber auch der politischen Diskussion. Beide – sowohl die öffentliche als auch die soziologische Debatte – erlitten dadurch Verluste potenzieller Erkenntnisse.

Der Mangel an theoretischen Rahmungen und Diskussionen gesellschaftlicher Prozesse und Phänomene in Osteuropa korrespondiert mit einem eklatanten Mangel an regionalspezifischer Expertise in den Sozialwissenschaften bezüglich des östlichen Europas. Während in geisteswissenschaftlichen Disziplinen, allen voran in den Geschichtswissenschaften, der Aufbau von Regionalexpertise einschließlich spezifischer Sprach- und Landeskennnisse gerade auch im akademischen Rahmen anerkannt und institutionalisiert ist, haben die Sozialwissenschaften die Bedeutung von Regionalexpertise kaum erfasst, geschweige denn gefördert. Deutschlandweit gibt es gerade eine einzige Soziologie-Professur mit einem Osteuropa-Bezug in der Denomination. In einem Aufsatz mit dem vielsagenden Titel »Geschichte, Slavistik und der Rest« zeigen Alexander Libman und Niklas Platzer (2021), dass gerade die gegenwartsbezogenen sozialwissenschaftlichen Fächer in der Osteuropaforschung stark unterrepräsentiert sind, und zwar über alle Qualifikationsgrade und Ebenen hinweg. So wurde in der Vergangenheit das Potenzial regionalspezifisch informierter Analyse für differenzierende Theoriebildung in der Soziologie unterschätzt und vernachlässigt – wohl auch daher rührt die Sprachlosigkeit der Soziologie in Anbetracht der Rückkehr des Angriffs- und Vernichtungskrieges nach Europa.

Die so entstandenen blinden Flecke der Soziologie in Bezug auf Osteuropa und zugleich das Potenzial empirisch basierter soziologischer Theoriebildung lassen sich gerade am Beispiel der Ukraine gut illustrieren. In der wechselvollen, häufig widersprüchlichen und kaum gradlinigen ukrainischen Geschichte und Gegenwart finden sich hier vielfältige Anknüpfungspunkte für soziologische Forschung, die zur Theoriebildung und zu soziologischer Regionalexpertise beitragen. Geprägt von vielfachen Bewegungen für eine Nationsbildung, Kolonisierung durch die Sowjetunion, paralleler Integration und Desintegration in das Unionskonstrukt, Dissident:innen-tum und Repression, schließlich nationaler Unabhängigkeit und fortgesetzter struktureller wie ökonomischer Abhängigkeit ist allein die Entwicklung der Staatlichkeit dynamisch und wenig eindeutig. Feministische Bewegungen und die

Analyse von Gender-Arrangements vom Gulag (Kis 2021) bis zur Euromaidan-Revolution (Martsenyuk 2016), die lange und bewegte Geschichte der ukrainischen Zivilgesellschaft (Worschech 2022) sowie die Multidimensionalität von Identitäten und Zugehörigkeit in der Ukraine (Onuch, Hale 2018) sind Beispiele für soziologische Forschung, die über den spezifischen Fall Ukraine hinausweist. Diese Multidimensionalität macht sich nicht zuletzt in den intensivierten Debatten und politischen Prozessen der Erinnerungskultur in Bezug auf die vorsowjetische, sowjetische und nachsowjetische Zeit bemerkbar (Fedor, Kangaspuro, Zhurzhenko 2017). In den Jahren seit der Unabhängigkeit 1991 ließ sich zudem eine Gleichzeitigkeit von Demokratisierung (auf der gesellschaftlichen Ebene) und De-Demokratisierung (des politischen Systems) beobachten und analysieren, in der beide Prozesse auf ungewöhnliche Weise eng miteinander verflochten waren und sich gerade in Phasen zunehmender staatlicher Repression und »shrinking spaces« bemerkenswerte Freiräume einer progressiven Kultur- und Aktivismus-Szene herausgebildet haben. Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung lokaler demokratischer Prozesse wie zum Beispiel dem in der Ukraine vielfach erprobten Participatory Budgeting (Schmäing 2023). Das Erfassen der Gleichzeitigkeit von Demokratisierung und De-Demokratisierung in der Ukraine könnte helfen, auch Europa in seiner Krisenhaftigkeit, Ambivalenz und Nicht-Linearität als »totales soziales Phänomen« zu verstehen.

Die Soziologie steht damit vor zwei Aufgaben, wenn sie sich weiter als Krisenwissenschaft verstehen und den soziologischen Sachverstand in den künftigen Entwicklungen Europas einsetzen möchte. Eine ernsthafte Hinwendung der soziologischen Forschung zu Osteuropa erforderte – erstens – die Dekolonialisierung auch des soziologischen Blickes und damit einhergehend, die Überwindung des Begriffs »postsowjetisch«. »Postsowjetisch« ist eine Raumkonstruktion, die einerseits eine binäre Logik Europas als das Andere und das Nicht-Andere verfestigt und zugleich insbesondere für das »Andere«, das »Postsowjetische«, eine vereinheitlichende Wirkung entfaltet, die der empirischen Realität weder in Gegenwart noch in Geschichte gerecht wird. Die diffusen Transformations- und Kolonisationserfahrungen, die die ehemaligen Sowjetrepubliken einschließlich Russlands als imperialistischer Kern der Sowjetunion durchlaufen haben, die komplexe Gewaltgeschichte insbesondere in den »Bloodlands« (Snyder 2015) Osteuropas, die Eigengeschichtlichkeit und Selbstbestimmungsdiskurse der osteuropäischen Gesellschaften wurden durch den Postsowjetismus-Begriff verdeckt. Die Europäische Nachbarschaftspolitik wie auch der europäische Integrationsprozess

Ostmitteleuropas verstärkten das postsowjetische Andere und schufen zudem eine neue europäische Peripherie, die sich jenseits des »EU-Ostens« befand. Mit dem vollständigen Krieg Russlands gegen die gesamte Ukraine ist diese Raumkonstruktion obsolet, und mehr noch: nicht mehr das »Kern-europa« definiert die Peripherie, sondern die vermeintliche Peripherie definiert Europa, europäische Agency und europäische Selbstverständnisse. Der Krieg markiert das Ende des »Postsowjetischen« und erfordert damit auch von der Soziologie, zumal von der Europasozio-logie, eine Neubetrachtung räumlich-sozialer und transnationaler Prozesse der Interaktion, Interpretation und Identitätsbildung.

Eine zweite Anforderung wäre eine stärkere theoretische Orientierung der auf Europa bezogenen Soziologie an Ambivalenz, Gleichzeitigkeit und Konflikt, und deren systematische Einbeziehung in die Betrachtung von transnationalen Integrationsprozessen. Die auf Georg Simmel und Lewis Coser zurückgehende Idee der sozialen Integration durch Konflikt hat sich auch als ein Muster des europäischen Selbstverständnisses etabliert: Die Institutionalisierung von Konflikt in mitunter komplexe Aushandlungsprozesse stellt eine Grundsozialisation und auch das prägende Integrationsmuster in Europa dar. Europa als post-nationales Souveränitätsprojekt beinhaltet damit die Möglichkeit der gleichzeitigen Integration und Desintegration, der Einheitlichkeit und Uneinheitlichkeit von Narrativen, Institutionen und Praktiken, die in permanenten Aushandlungsprozessen um- und neugebildet werden. Die Grenzen Europas ergeben sich dann aus dem Gültigkeitsbereich dieses Integrationsmusters – und stoßen ganz klar an die Grenzen imperialer Logik, die exklusive Zugehörigkeit, Eindeutigkeit und Konflikt nicht als Verhandlung, sondern als Kampf versteht. In dieser Perspektive könnte eine ambivalenzbewusste Soziologie dazu beitragen, Europa nicht nach Ost/West, sondern entlang unterschiedlicher Integrationslogiken zu definieren und zugleich Europa als Produzent wie auch Produkt von Krise, Konflikt und Kontingenz zu verstehen.

Das Ende des Postsowjetismus, das der Krieg Russlands gegen die gesamte Ukraine markiert, kann damit auch ein Aufschlag sein zu einem erneuerten und systematisierten Selbstverständnis der Krisen- und (Ost-)Europawissenschaft Soziologie. Die hier nur skizzierten Anknüpfungspunkte und Perspektiven sowohl für empirische Forschung als auch für die soziologische Theorieentwicklung werden in diesem und im nächsten Heft der SOZIOLOGIE insgesamt sieben Beiträgen ausführlicher vorgestellt und diskutiert. Eine wichtige Maxime in diesem Symposium (und idealerweise

auch in der generellen Diskussion) ist dabei: keine Debatte über Osteuropa ohne Osteuropäer:innen! Zwei Beiträge stammen daher von ukrainischen Autorinnen. Auf den folgenden Seiten schreibt Valeria Korablyova über sozialwissenschaftliche Versäumnisse, die aus dem Erbe des sowjetrussischen Kolonialismus und des Kalten Krieges resultieren, und zeigt, welches soziologische Potenzial in der Beschäftigung mit der Ukraine liegt. Im zweiten Teil des Symposions wird Tamara Martsenyuk, eine der profiliertesten Gender-Expert:innen in der ukrainischen Soziologie, über Einstellungen zu Diversität, Geschlechtergerechtigkeit und -arrangements in der ukrainischen Gesellschaft vor und während der russischen Völlinvasion berichten.

Im Anschluss an den Beitrag von Korablyova diskutiert Andreas Langenohl die Rolle der Soziologie in den Debatten über Transformation, Europa beziehungsweise Europäische Union und die (de-)kolonialen Aspekte der Analyse Osteuropas im Verlaufe der letzten drei Dekaden.

Die weiteren Beiträge im nächsten Heft setzen die Vertiefung einzelner soziologischer Ansatzpunkte in der Osteuropaforschung fort. Evelyn Moser wird ein differenzierungstheoretisches Modell zur Analyse von Autoritarismus vorstellen und zeigen, wie die autoritäre Herrschaftsausübung durch die kategorienbasierte Verknüpfung von Öffentlichkeiten jenseits totalitärer Organisationsstrukturen funktioniert – und wie ein soziologischer Beitrag zum Verständnis autoritärer politischer Systeme aussehen kann. Klaus Schlichte wird mit einem Text zur Konfliktsoziologie des aktuellen Krieges eine Perspektive einnehmen, die jenseits der klassischen sicherheitspolitischen Paradigmen den Ansatz der Gewaltsoziologie, aber auch die Bedeutung regionaler Spezifika (und damit verbunden: von Regionalkenntnissen) betrachtet. Sebastian Büttner wird in seinem Beitrag die Entwicklung der Europasozio- logie und ihre Entfremdung von Osteuropa reflektieren und neue Anknüpfungspunkte diskutieren. Mit einer Analyse des Bedarfs an sozialwissenschaftlicher Osteuropa-Expertise und einer Skizze eines soziologischen Forschungsprogramms zu Osteuropa jenseits des Postsowjetismus werde ich das Symposium schließen. Ein Ziel dieser Skizze und der vor uns liegenden Debatte ist es, die Soziologie in Bezug auf all jene Phänomene wieder sprechfähig zu machen, die sich im Osten Europas entwickeln und die europäische Lebenswelt per se, horizontal transnational vernetzt, betreffen.

Literatur

- Behrends, Jan C. 2021: Putins negative Ukrainepolitik. Hintergründe und Analogien. *Osteuropa*, 71. Jg., Heft 7, 77–84.
- Bude, Heinz 2023: Was ist soziologischer Sachverstand und wie sollte eine Soziologin ihn einsetzen? *SOZIOLOGIE*, 52. Jg., Heft 2, 158–161.
- Fedor, Julie / Kangaspuro, Markku / Zhurzhenko, Tatiana (eds.) 2017: *War and Memory in Russia, Ukraine and Belarus*: Palgrave Macmillan.
- Kappeler, Andreas 2021: Revisionismus und Drohungen. *Osteuropa*, 71. Jg., Heft 7, 67–76.
- Kis, Oksana 2021: *Survival as victory. Ukrainian women in the Gulag*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Krastev, Ivan / Holmes, Stephen 2018: Imitation and Its Discontents. *Journal of Democracy*, vol. 29, no. 3, 117–128.
- Libman, Alexander / Platzer, Niklas 2021: Geschichte, Slawistik und der Rest. *Osteuropaforschung in Deutschland*. *Osteuropa*, Heft 7, 133–153.
- Martsenyuk, Tamara 2016: Sexuality and Revolution in Post-Soviet Ukraine: LGBT Rights and the Euromaidan Protests of 2013–2014. *Journal of Soviet and Post-Soviet Politics and Society*, vol. 2, no. 1, 49–74.
- Onuch, Olga / Hale, Henry E. 2018: Capturing ethnicity. The case of Ukraine. *Post-Soviet Affairs*, vol. 34, no. 2-3, 84–106.
- Putin, Wladimir 2021: Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer. Übersetzt von Andrea Huterer. *Osteuropa*, 71. Jg., Heft 7, 51–66.
- Schmäing, Sophie 2023: Urban democracy in post-Maidan Ukraine. Conflict and cooperation between citizens and local governments in participatory budgeting. *European Societies*, vol. 24, 1–23, doi: 10.1080/14616696.2023.2183972.
- Snyder, Timothy 2015: *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*. München: Beck.
- Worschech, Susann 2022: Revolution und Resilienz. Die ukrainische Zivilgesellschaft und das Ende des Post-Sowjetismus. *Leviathan*, 50. Jg., Heft 4, 501–528.

Why is Ukraine important?

Challenging the colonial and Cold War legacies in European social sciences¹

Valeria Korablyova

The essay focuses on structural distortions in knowledge production on Ukraine arguing for the need to critically address the underlying colonial and Cold War legacies. It exposes the cultural hierarchies and power asymmetries in the academic division of labour, where Ukraine is excluded from Eurocentric social sciences as epistemologically »secondary« and marginalised in largely Russocentric East European studies as peripheral, and thus geopolitically »non-important«. The Russian full-scale invasion exposed the futility of those assumptions, which might provoke a double paradigm shift, in area studies and generalist disciplines alike. This shift must be geared towards the inclusion of minor agencies and situated knowledge within »methodological cosmopolitanism«. Against multiplying challenges to Eurocentric universalist claims, alternative – yet, complementary – epistemologies from the margins might become a meaningful substitute for radical decolonisation. The case of Ukraine provides useful insights, in particular, into popular agency, grassroots mobilisation, and extra-institutional democratisation. For them to be incorporated, the structural premises of the »regional« and »general« disciplines must be rectified.

The war as an epistemological challenge: towards a paradigm shift

The Russian full-scale invasion of Ukraine on 24 February 2022 was an existential shock for multiple observers across the world, because the preponderance of informed opinion had for a long time dismissed the possibility of such an open, all-out attack. Dire warnings from some quarters were assumed to be a US-led, anti-Russian media campaign. Beyond that, the invasion produced an epistemic shock: the inconsistency between reality on the ground and expert predictions became increasingly obvious and incontrovertible.

¹ This essay is part of the research supported by the grant from the rectorate of Charles University 4EU+/UA/F2/10 »Ukraine In A Changing Europe« as a follow-up on 4EU+ Alliance activities.

Not only did authoritative experts on Eastern Europe and international relations largely fail to foresee Russia's unwarranted invasion and its botching of the intended *Blitzkrieg* victory, but they were also utterly unprepared for the success of Ukrainian resolute resistance. These errors in judgment raised questions about the fundamental competence of Western analysis of Ukraine and Russia. Pushing the search for structural reasons is the movement for the decolonisation of East European studies. It begins by revealing the extent to which the field is overfocused on Russia to the neglect of studies of the other countries in the neighbourhood. Often the asymmetry is fed by an overreliance on data and narratives produced or endorsed by the Kremlin. Looking beyond area studies, structural asymmetry is evident in the disciplines as well. The entire region is little more than a blank spot for European social sciences, which do not consider them a valid field for universalising research. Consistently implemented, the decolonisation of knowledge and of mindsets could be a cure for asymmetries in both area studies and in the disciplines. Insights from the peripheries might eventually lead to an enrichment – or even reorganization – of the humanities and social sciences.

Colonial, hegemonic thinking creates specific chronotopical arrangements by translating cultural differences into imagined geographical and historical distances. Lands further away from the centres of power are proclaimed to be lagging behind, as if existing in a previous historical era. Accordingly, differences are interpreted as deficiencies, which produces important effects in academic as well as everyday thinking. Distant areas are perceived as civilisationally »secondary« and therefore not worth studying – except as, perhaps, an exotic curiosity. The principle »first in Europe, then elsewhere« (cf. Chakrabarty 2000) turns a blind eye to anything brand new emerging on the peripheries. Thus, the latter are doomed to either permanently »catch up« with civilisational »leaders« or get stuck in their alleged archaic idiosyncrasy. Falling out of the centre's »system of relevance« enlarges imagined geographical distance, thus creating what Umland (2017) calls »galactic imagining«. Actors and entities outside of political alliances like the EU or NATO are perceived to inhabit a different planet, thereby being structurally removed to another universe. This »denial of some plain geographic facts« of proximity (ibid.) coupled with the »denial of coevalness« (Fabian 1983) might help explain how the double epistemic/existential shock the Russian invasion imposed on the perceptions of EU citizens: Something important is happening on the margins of the European order, it is too close to our comfortable life-worlds, and we lack coherent explanations to make sense of that.

From this vantage point, the recent intermittent inclusion of Ukrainian voices into the EU media and academic landscape cannot be reckoned merely as a sign of solidarity and support. It is also a search for alternative interpretations amidst a paradigm crisis. As Thomas Kuhn (2012) explains, when the dominant paradigm repeatedly fails in solving »puzzles« being incapable of explaining new facts and integrating them into the existing normative paradigm, there arises a crisis situation that may initiate a paradigm shift. That shift usually unfolds in stages: first, the exposure of false/failed foundational beliefs; second, attempts to rectify structural asymmetries in knowledge production; and, finally, the emergence of a new framework capable to embrace and clarify existing uncertainties. It must be acknowledged that not only East European studies but also some universal disciplines might be facing a potential paradigm shift, which Kuhn terms a »scientific revolution«.

While officials and diplomatic figures attempt to adjust foreign policies toward Russia in line with the proclaimed *Zeitenwende*, academia looks for proper interpretive frameworks. Decolonisation seems to be the codeword for that: ASEES,² the largest professional association for regional studies, picked it as the topic for the 2023 convention. Multiple debates on the matter have already taken place on various platforms, providing many Ukrainian – and often Central Asian – scholars the opportunity to become »decolonisation warriors« attempting to remedy the effects of decades if not centuries of epistemic injustice. Airing these issues is crucially important as an antidote to misuse of history and media discourse such as the justification of the full-blown invasion by Putin's public lecture on history and the infamous Gerasimov doctrine calling for »bombarding the minds of the enemy's population« before deploying conventional warfare. Simply said, what happens in academia impacts the public sphere and real life. Therefore, assessing the system of knowledge production on the region can lead to a beneficial revision of the assumptions shaping the study of Ukraine and the wider region.

The first step is to acknowledge that Russia has long been the central object of scholarly inquiry on Eastern Europe and the only legitimate voice to speak for the entire region, while other – minor – polities were perceived through the Russian gaze. Russian »imperial innocence« (Kassymbekova, Marat 2022) must be questioned, and knowledge production on the area decentralised and diversified. However, one cannot stop there. The systemic distortion that led to the incompetence of recognised expertise is caused not only by the content of knowledge and its internal – Russocentric – structure

2 Association for Slavic, East European, & Eurasian Studies

but also by its very place in the system of the academic division of labour. The entire region of Eastern Europe was never incorporated into »universal sciences« (e.g. sociology, political theory) pertinent to the »developed world«. Instead, it was relegated either to descriptive case studies (idiographic humanities) or to policy recommendations (practical IR). I would argue that the three worlds concept as the foundation for the apportionment of academic disciplines for certain areas of the world (Pletsch 1981) is largely intact – yet increasingly irrelevant in the changing world of today.

Decolonisation of knowledge and minds implies questioning and »delinking« from the structures of knowledge taken for granted. It is an uncomfortable process of »learning to unlearn« (Flostanova, Mignolo 2012) our foundational beliefs and assumptions about others and, less evidently, about the self. Since Russia wages the war – at least discursively – against the West, a number of universal assumptions about European modernity, international relations, and a dominant normative order need to be challenged as well.

Academic division of labour from the Cold War times:
politicisation and exoticisation of non-West

In 2005, I attended a public lecture by Immanuel Wallerstein at V.N. Karazin Kharkiv National University, my alma mater. The three world epistemology Wallerstein dwelled upon (cf. Pletsch 1981) was truly eye-opening to me as a PhD student in philosophy (with MA in sociology) who tended to think back then that universal sciences were the shared heritage of humankind. It was not before 2014, however, that I had to go back to that concept to make sense of the reception I faced in the Western world. Having engaged with Ukrainian studies after the Maidan and the beginning of the Russian invasion in Donbas, I was speaking in various academic and diplomatic settings. And I heard repeatedly in private: »Sorry, we sympathise but Ukraine is not important.« I usually returned a question if Russia was important, and the response was: »Russia is somewhat important. It raises in importance once it makes troubles.« This short but instructive dialogue illuminates one of the possible Russian objectives behind the full-scale invasion but also the geopolitical inequalities underlying political decision-making and knowledge production alike. The very discourse of »importance« points to cultural hierarchies that allocate financial and human resources for studying areas and

regions based on the alleged »greatness« of their history or their geopolitical »weight« in the present.

Modern scholarly research on Eastern Europe did not start until the end of World War II, that is until the USSR manifested itself as a powerful geopolitical player and an incarnation of an alternative – socialist – modernity. Yet, it was »a relatively new type of organised scholarship, promoted by government agencies, particularly the diplomatic, military, and intelligence services« (ibid.: 567). Taking as a starting point that the Soviet Union was over-politicised, over-ideologised, and statist, Western studies of the Second World were overfocused on political elites (the main subject of studies) and geopolitical implications (the main output of studies). Eventually, anthropological studies in the third world manner followed up: Fields accessible to them were controlled and navigated by the Soviet authorities, while the »rite of passage« often implied deep-seated sympathy with the Russian culture. Those two sub-camps of specialists on Russia barely merged: They were composed of representatives of too different academic domains (political science, IR vs history and literary studies) driven with divergent biases towards their field of study (oversimplifying, Russophobia vs Russophilia). This biased knowledge-production was accepted, however: Its result was expected to be particularist and never fully »objective«, as the object itself was believed to be not conducive for generalisable impartial research.

Jerry F. Hough (1977) presents an insider's perspective on limitations that experts on the Soviet Union were facing in the field and in domestic academic settings. He points out that communist studies had »been confined to a ghetto within social sciences« and were barely incorporated into comparative, let alone theoretical research. On the one hand, discipline »generalists« were released from the need to learn exotic languages and dive into unknown cultures, while area specialists could limit their awareness of diverse theories and methodologies. The latter had to dedicate much time to develop needed cultural sensitivity and understanding that comes naturally through socialisation in home countries but could be tricky in foreign lands. A plausible solution would be the engagement of properly trained local social scientists – but up to now, an intimate connection to the field of study is generally perceived as an obstacle not an asset for well-informed research.

Ineluctably, the next move in decolonisation is to reveal what assumptions underpin the existing academic division of labour, which harbours legacies of both imperial and Cold War times. The underlying premise appears

to be that only what happens in »Europe proper« is epistemologically interesting, while what happens in non-European power sites is (geo)politically interesting. The rest falls into the marginal niche of »no man's land«. As a result, sociology »proper« has almost exclusively focused on the Euroatlantic world of nation-states imagined as similar because they mirror the universal structure of humankind. And »the rest« (non-West) is either excessively politicised – with academic research on these territories geared towards practical recommendations to power holders and obsessively fixated on personal biographies of ruling elites – or it is folklorised – with a focus on interpreting social and political phenomena through a cultural lens, exaggerating the divergent. Tentative inclusion of »developing states« as valid objects for social inquiry usually imposes theoretical frameworks, devised on the basis of Western material, onto local settings to trace matches that help confirm the judgment that this is a trajectory of catching-up to the West. This meta-structure of academic knowledge production is not only morally dubious in terms of its underlying assumptions but it is increasingly impotent in explaining the rapidly changing contemporary pluriversal world.

Originating in the West and rooted in the Eurocentric beliefs around its own cultural superiority, the three worlds scheme declared that »objective« and variegated social knowledge was possible only within its cultural space as a legitimate field for economics, social sciences, and other rigorous disciplines. Finding ourselves in the double »post« situation of postcolonialism and postsocialism, we need to complement decolonisation with »decoldwarisation«³ of area studies, to overcome the Cold War legacy in their underbelly. One might read this warning as a call not to return to the black-and-white bloc thinking to prevent vilification of Russia as an eternal enemy. For me, however, it would rather assume deconstructing the global landscape where only military powers can afford an autonomous opinion, and only great states have acknowledged great cultures and literatures (cf. Thompson 2022). The bottom line is to incorporate minor, previously disadvantaged, agencies on more just grounds, while revising the very understanding of »greatness« and »strength«.

3 I am grateful to Prof. Peter Haslinger for this neologism that ignited my reflection resulting in this essay. The discussion took place at the Symposium »Languages of War« on February 24, 2023 in Hannover-Herrenhausen.

Discovering Ukraine

The (re)emergence of independent Ukraine in 1991 was widely perceived as a sort of historical contingency that could be withered away, as there was no room for it in the dominant mental maps. The imperial appropriation of the Soviet and earlier medieval history by Russia as the regional hegemon in discourse production and discourse control erased traces of Ukraine's centuries-long history (von Hagen 1995), thereby turning it into a »nowhere« (Matlock 2000) and an »unexpected nation« (Wilson 2000). Naturally, its own rendering of history that opposed the hegemonic Russian version, had »a disconcerting effect on individuals inside and outside the East Slavic disciplines« as it was »undermining an intellectual order with which the West is comfortable« (Ilnytzkyj 1992: 451). In attempts to preserve that order, Ukrainian interpretations of their history and present were discredited as biased story-telling: at best, »searching for roots«, national advocacy or some other partisan pleading« (von Hagen 1995: 658) or, at worst, »strident nationalism and anti-Russianism« (ibid.: 450). In a nutshell, Ukrainians were »faulted for not living up to the images prepared for them by Russia and the West.« (ibid.)

In this double hegemonic trap, there was one »legitimate« academic discipline reserved for »small nations« of Central and Eastern Europe, namely memory studies exposing the area as the main site of the Holocaust and of local collaboration with the Nazi, which reinforced the perception of the region as the domain of dangerous nationalism to be held in check. While acknowledging a lot of excellent (and much needed!) research in the field, I see a problem in its unquestioned supremacy in representing the region. In other words, when the only narrative about Eastern Europe is the story of aggressive nationalism, it is a distorted and lopsided discourse that ignores other crucial developments. Besides, it is a variation of the coloniser's myth about his civilizing mission of taming local barbarians to rescue them from themselves.

An important story, largely absent from mainstream Western narratives about Eastern Europe, is the story of people's agency, self-reliance, and grassroots activism (cf. Falk 2009). This activism does not fit into the »universal« reading of institutionalised civil society as a part of the democratic order: It is far more spontaneous and fluid, and it positions itself outside the order, challenging the entire structure (Korablyova 2019). To explain it sociologically, our reading of both democratic political structure and vehicles

of democratisation must be refined and expanded. Similar to Russia appropriating the victory in World War II, the USA appropriated the victory in 1989/1991 (cf. Schell 2009): Even with multiple observations and admirations of velvet revolutions, their dominant narrative became Gorbachev's courtesy and the magnetic appeal of liberal democracy (i.e. the U.S. soft power).

The story repeated itself with the Maidan protests in Ukraine in 2004 and 2013/14. Time and again, the major interpretive focus was on the corrupt elites, geopolitical standoffs, and the Western soft power allegedly misleading local people to believe that the West was perfect and that they could become part of it. Alternative sociological explanations, focused instead on emerging social patterns that did not fit into the universal theory but aimed to expand and enrich it (cf. Worschech 2017), were largely missed and marginalised as biased national advocacy (e.g. Wynnyckyj 2019). Even if the insights coming from the region with ambitions to inform general theory were formulated by recognised scholars with no Ukrainian pedigree, they were still treated with suspicion. Gwendolyn Sasse in her keynote speech at BAS-EES⁴ Conference 2023 shared anecdotal evidence of how her articles got repetitively rejected by »generalist« political science journals as based on fieldwork in Eastern Europe: once, a compromise solution was suggested to take away mentions of Ukraine at least from the article's title.

The issue of the popular agency came to the fore again in the wake of the full-scale invasion: The very same structures of spontaneous grassroots activism beyond formal structures of civil society that enabled the success of the Maidan became the recognised key element of resolute Ukrainian resistance to the Russian aggression. People of Ukraine as an important actor, distinct from the elites, made it to the magazine covers and scholarly research. Their modes of conduct and social connectivity propped up the functionality of the state under war conditions. It becomes increasingly obvious that sociological research is required to explain many ongoing developments, and interpretations must be requested from the insiders for proper contextualisation.

The decolonisation endeavour actualises the embedded and embodied knowledge: shifting the geography of reasoning implies doing away with the enlightenment myth of a detached observer and closing the gap between the enunciated and the enunciator (Tlostanova, Mignolo 2012: 10). The sociology of knowledge reminds us that there is no unbiased approach. An ethical position for a researcher is to be aware of their own premises, to question

4 British Association for Slavonic & East European Studies

them constantly when facts contradict their hypotheses, and to triangulate their assumptions via the inclusion of other epistemic agents: Thereby, local agents stand not just as »mere tokens of their own culture« (ibid.: 11) but as social and epistemic subjects in their own right. This being said, any local truth from indigenous voices must be interrogated with the same »epistemological vigilance« to ensure its theoretical rigour and to preclude the sense of self-righteousness based on victimhood.

Conclusion: rethinking the universal

Mainstream social sciences remain hugely Eurocentric. They recognise phenomena outside of the European core as valid if they fit the universal theories, devised on the Western material and overfocused on Western-style institutions and structures, while divergent social patterns are perceived through the cultural lens, as an exotic idiosyncrasy irrelevant beyond its setting. However, in the increasingly turbulent world of multiple looming crises where existing institutions and prescribed procedures are less and less efficient (cf. Beck 2016), the case of Ukraine might provide useful insights, for instance, into spontaneous horizontal mobilisation and ad hoc solutions (e.g. Lange 2023). Their proper sociological assessment could be both practically and epistemologically fruitful.

The three world epistemology divided all states into »developing« and »developed«. Nowadays, it seems that »developing« regions are rather opposed to »declining« ones. The claims of the West in decline are nothing new – they have been around for a century now. Yet, these days they are supported by economic data that the Western middle class is the main loser of globalisation (Milanovic 2016) and by the results of worldwide sociological polls that overtly challenge Western superiority (Garton Ash, Krastev, Leonard 2023). This increasing peripheralisation of Europe sets a new context for social sciences, provoking a shift from methodological nationalism to methodological cosmopolitanism (Beck 2016: 19). A way forward might be connected with the cross-usage of methodologies between »the three worlds«. I suggest a double move of grounding the European and universalising the local. Moving towards situated and embodied knowledge is aligned with phronetic social sciences (Flyvbjerg 2001), and it makes the »fourth world« within the West more visible.

Re-writing a European narrative through the perspective of internal subalterns might help in de-centring social knowledge while keeping its heuristic potential. Supplemented with a simultaneous search for universal in non-European local contexts, it could become a meaningful alternative to various projects of radical decolonisation. The case of Ukraine suggests such an alternative epistemology from the margins, which does not turn its back to the West – as Tlostanova, Mignolo propose (2012: 12) – but self-register as its overlooked part. Contemporary Ukraine is not only a unique laboratory of hybridity and diversity (Portnov 2015) but also a functional example of adhococracy and extra-institutional democracy. The EuroMaidan revolution in 2013/14 flooded Ukrainian streets with EU flags. The full-scale Russian invasion in 2022 and Ukrainian resolute resistance to it filled many European (and not only) settings with Ukraine's national flags. Those visual anchors re-signify our shared symbolic landscape anew, and we should not miss the message.

References

- Beck, Ulrich 2016: *The Metamorphosis of the World*. Polity Press.
- Chakrabarty, Dipesh 2000: *Provincializing Europe*. Postcolonial thought and historical difference. Princeton, N.J., Oxford: Princeton University Press.
- Fabian, Johannes 1983: *Time and the Other*. How Anthropology Makes Its Object. New York: Columbia University Press.
- Falk, Barbara J. 2009: 1989 and Post-Cold War Policymaking. Were the »Wrong« Lessons Learned from the Fall of Communism? *International Journal of Politics, Culture, and Society*, vol. 22, no. 3, 291–313.
- Flyvbjerg, Bent 2001: *Making social science matter*. Why social inquiry fails and how it can succeed again. Oxford, New York: Cambridge University Press.
- Garton Ash, Timothy / Krastev, Ivan / Leonard, Mark 2023: *United West, divided from the rest*. Global public opinion one year into Russia's war on Ukraine. *Europe's Stories*. <https://europeanmoments.com/changing-world/ecfr-joint-report-feb2023-global-opinion-russia-ukraine>, last accessed on May 18, 2023.
- Hough, Jerry F. 1977: *The Soviet Union and Social Science Theory*. Harvard University Press.
- Ilnytskyj, Oleh S. 1992: *Russian and Ukrainian Studies and the New World Order*. *Canadian Slavonic Papers*, vol. 34, no. 4, 445–458.
- Kassymbekova, Botakoz / Marat, Erica 2022: *Time to Question Russia's Imperial Innocence*. PONARS Eurasia Policy Memo, no. 771, April 2022.

- Korablyova, Valeria 2019: EuroMaidan and the 1989 legacy: solidarity in action? In Piotr H. Kosicki / Kyrill Kunakhovich (eds.), *The Long 1989: Decades of Global Revolution*. Budapest, New York: CEU Press, 231–252.
- Kuhn, Thomas S. 2012 [1962]: *The Structure of Scientific Revolutions*. Chicago: University of Chicago Press.
- Lange, Nico 2023: How to beat Russia. What armed forces in NATO should learn from Ukraine's homeland defense. GLOBSEC, February 16, 2023. www.globsec.org/what-we-do/publications, last accessed on May 18, 2023.
- Matlock Jr., Jack F. 2000: The Nowhere Nation. *The New York Review*, February 24, 2000. www.nybooks.com/articles/2000/02/24/the-nowhere-nation/, last accessed on May 18, 2023.
- Milanovic, Branko 2016: *Global Inequality. A New Approach for the Age of Globalization*. Cambridge, MA, London: Harvard University Press.
- Moosavi, Leon 2020: The decolonial bandwagon and the dangers of intellectual decolonisation. *International Review of Sociology*, vol. 30, no. 2, 332–354.
- Pletsch, Carl E. 1981: The Three Worlds, or the Division of Social Scientific Labor, Circa 1950–1975. *Comparative Studies in Society and History*, vol. 23, no. 4, 565–590.
- Portnov, Andrii 2015: Post-Maidan Europe and the New Ukrainian Studies. *Slavic Review*, vol. 74, no. 4, 723–731.
- Schell, Jonathan 2009: The End of the Age of Empire. *International Journal of Politics, Culture, and Society*, vol. 22, no. 4, 421–425.
- Thompson, Ewa M. 2022: Imperialism in Russian literature. *Review of Democracy*. revdem.ceu.edu/2022/06/07/imperialism-in-russian-literature/, last accessed on May 18, 2023.
- Tlostanova, Madina V. / Mignolo, Walter 2012: *Learning to unlearn. Decolonial reflections from Eurasia and the Americas*. Columbus: The Ohio State University Press.
- Umland, Andreas 2017: East-Central Europe's »Galactic« Imagining of Post-Soviet Security. *Focus Ukraine*, www.wilsoncenter.org/blog-post/east-central-europes-galactic-imagining-post-soviet-security, last accessed on May 18, 2023.
- von Hagen, Mark 1995: Does Ukraine Have a History? *Slavic Review*, vol. 54, no. 3, 658–673.
- Wilson, Andrew 2000: *The Ukrainians: Unexpected Nation*. New Haven: Yale University Press.
- Worschech, Susann 2017: New Civic Activism in Ukraine: Building Society from Scratch? *Kyiv-Mohyla Law and Politics Journal*, no. 3, 23–45. kmlpj.ukma.edu.ua/article/view/119984, last accessed on May 18, 2023.
- Wynnyckyj, Mychailo 2019: *Ukraine's Maidan, Russia's War: A Chronicle and Analysis of the Revolution of Dignity*. Stuttgart: Ibidem-Verlag.

Die Gegenwart des östlichen Europa

Andreas Langenohl

Rückblick: Soziologie der Transformation

Als ich mich nach einem Studium der Slawistik und der Soziologie dafür entschied, eine Dissertation über Erinnerungspraktiken im postsowjetischen Russland zu verfassen (Langenohl 2000), geschah dies im Kontext einer sozialwissenschaftlichen Debattenlandschaft, die das »post« von der Zukunft her dachte: nämlich aus der Perspektive einer erfolgten *Transformation* der ehemals staatssozialistischen Gesellschaften. Der soziologische Reiz bestand darin, über diese Gesellschaften als Ganze sprechen zu können. Das Problem war: Transformation wurde selten als Prozess mit offenem Ende vorgestellt, sondern meist aus der Perspektive einer erwarteten Angleichung an westliche Gesellschaftsmuster.

Dies korrespondierte mit politischen Projekten. Die Europäische Union fungierte als ein politischer Transformationsmotor, der durch den Beitrittsprozess die Gesellschaften in Ostmitteleuropa zu entsprechenden Angleichungsprozessen veranlassen sollte: Parteiendemokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktkapitalismus.¹ In Bezug auf Russland und andere Gesellschaften östlich und südlich von Ostmitteleuropa sollten andere Mechanismen der »soft power« EU greifen. Im Einklang mit dieser Grundorientierung wurden, unter anderem von mir, Analysen vorgelegt, die die gesellschaftliche Transformation vor dem Hintergrund eines zu erzielenden Zustands einschätzten – in meinem Fall entlang der normativen Frage, wie eine öffentliche »Aufarbeitung« maßgeblicher Perioden der sowjetischen Geschichte (Oktoberrevolution, Stalinismus, Großer Vaterländischer Krieg) auszusehen hätte.

So verbanden sich empirisch adäquate Analysen (wie ich nach wie vor glaube) mit einer problematischen epistemologisch-teleologischen Rahmung. In meiner Forschung zu den 1990er Jahren zeigte sich sehr deutlich jene geschichtspolitische Tendenz, die mit der Konsolidierung des Regimes Putin in Russland die Oberhand gewinnen sollte: eine Sicht auf den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg als Zentralachse eines Staatswesens, dem sein Großmachtstatus abhanden gekommen war, und die gegen alle anderen Sichten durch Exklusion von Andersdenkenden verteidigt werden musste

1 Vgl. für eine Kritik Spohn (2010)

(Langenohl 2000: 209 ff.). Aber ich verfolgte diesen Faden nur halbherzig weiter. Ernüchterung angesichts des Erstarkens autoritärer Tendenzen im Land verband sich mit der Einsicht, dass man in der (deutschsprachigen) Soziologie als Russlandexperte nur schwer weiterkommen konnte.

Der Begriff der Transformation war ein zweischneidiges Schwert. Er erlaubte es, Gesellschaft als Ganzes zu denken, und verhinderte zugleich, gesellschaftliche und soziale Prozesse als ergebnisoffen zu theoretisieren. Er tendierte dazu, das Andere vor dem Hintergrund einer imaginierten, in der Zukunft angesiedelten Identität zu konzipieren, die es eben bloß *noch nicht* war. Adjektive wie postsozialistisch oder postsowjetisch untermauerten diese sozialwissenschaftliche Alteritätszuschreibung. Was an diesen Gesellschaften besonders war, war aufgrund ihrer *Vergangenheit* besonders. Das östliche Europa interessierte in erster Linie als eine Präsenz des Anderen, Vergangenen in Erwartung eines Identischen, Zukünftigen.

In dieser Spannung zwischen Vergangenen und Zukünftigem gerieten die Gegenwart und Gegenwärtigkeit von Gesellschaften im östlichen Europa aus dem Blick. Während in Teilen der Sozialwissenschaften noch von postsozialistischer oder postkommunistischer Transformation gesprochen wurde, hatte man es in Gesellschaften wie Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, den baltischen Ländern und Rumänien schon längst mit den *Effekten* kapitalistischer Politiken zu tun (Weiner 2007; Hardy 2009; Korkut 2009; Bluhm 2010). Erst spät wurde gefolgert, dass ›postsozialistisch‹ eher die Auswirkungen dessen bezeichne, was nach dem Sozialismus kam – etwa der Abbau sozialstaatlicher Leistungen und bestimmter Formen betrieblicher Mitbestimmung und ihre Verdrängung durch Privatisierung (s. die Beiträge in Manolova, Kušić, Lottholz 2019; Langenohl 2021).

Wie analysiert man Gesellschaften und soziale Prozesse im östlichen Europa in ihrer Gegenwärtigkeit? Die Gegenwartsdiagnose wäre hierfür ein angemessenes Genre. Sie vermag es, die Besonderheiten der gesellschaftlichen Gegenwart im Gesamtbild und zugleich in ihrer Dynamik abzubilden. Gerade im Moment könnte sie ein wichtiges Korrektiv für das verständliche, aber analytisch irreführende Bestreben sein, nach der ›Zeitenwende‹ zu einer neuen, schon völlig kohärenten Sicht auf das östliche Europa zu gelangen. Die Semantik der Zeitenwende transportiert im politischen Diskurs die Konnotation einer neuen Gewissheit, die indes selbst in diesem Diskurs nicht eingelöst wird, was politisch natürlich völlig verständlich ist. Weder in Bezug auf das östliche Europa noch in Bezug auf irgendeine andere Gesellschaft in unserer hochvolatilen Gegenwart gibt es sie. Ich will deswegen im

Folgenden weniger versuchen, Themenfelder zu identifizieren, die mit dem östlichen Europa verbunden sind und die Soziologie im Allgemeinen betreffen, sondern mir vorstellen, wie solche Themen gegenwartsdiagnostisch angegangen werden könnten.

Gegenwartsdiagnose jenseits nationaler Container und jenseits der Europäischen Union

Gegenwartsdiagnosen des östlichen Europa können lehren, dass Gesellschaften keine Container sind, sondern in hohem Maße von transgesellschaftlichen Prozessen abhängen. Die Mitgliedsstaaten der EU im östlichen Europa haben ihre gesellschaftlichen Wandlungsprozesse maßgeblich in Wechselwirkung mit dem EU-Beitrittsprozess gestaltet. Dies betrifft nicht nur institutionelle Ordnungen, sondern auch die Bearbeitung deren gesellschaftlicher Folgen, klassischerweise auf den Gebieten der Arbeitsmigration, der Sozialstruktur und der Geschlechterverhältnisse (Favell 2008; Motowidlo 2023). Aber auch die Sozialstruktur von Gesellschaften, die (bisher) nicht EU-Mitglieder sind, unterliegt dem Grenzregime der EU, weil die Bedarfsstruktur des Arbeitsmarktes der EU darüber entscheidet, welche Personengruppen migrieren können und welche nicht (Solari 2017; Majstorović 2021).

Gegenwärtige Ansätze in der EU-Soziologie machen das Argument stark, dass eine soziologische Analyse europäische »Integration« als eine Europäisierung gesellschaftlicher Prozesse betrachten muss (Fligstein 2011; Büttner et al. 2015). Daher gilt ihr Augenmerk den durch zwischenstaatliche Verträge bedingten Veränderungen von zwischengesellschaftlichen, transnationalen und transversalen Beziehungen, etwa in den Bereichen Reiseregulierung, Möglichkeiten der Arbeitsmigration, kultureller Austauschprozesse, aber auch Schutz von Marginalisierten.² Der Unterschied zu den 2000er und 2010er Jahren ist allerdings, dass diese Prozesse nun innerhalb von Deutungsrahmen formuliert werden, die in stärkerem Maße auch »östliche« Sichtweisen widerspiegeln. Allerdings werden innerhalb der EU vornehmlich die Stimmen der Regierungen gehört (und zurückgewiesen), weshalb für die EU gegenwärtig die Gefahr besteht, dass Stimmen von außerhalb ihres westlichen Zentrums einzig als Fundamentalkritiken an einer spezifischen EU-Lesart von Liberalismus ankommen (Langenohl 2016). Soziologische, transnational orientierte Gegenwartsdiagnosen können hingegen Sichtweisen

² Für Arbeitsmigration siehe Favell (2008).

freilegen, die beiden Selbstaffirmierungsnarrativen etwas entgegensetzen: dem der EU und dem ihrer (autoritären) Kritiker*innen. Diese Bergung von Kritiken am EU-Liberalismus aus den Fängen ihrer autoritären Vereinnahmung kann auch einer partizipatorischen Vertiefung europäischer Integration dienen.

Die polnische Gegenwartsgesellschaft gibt ein Beispiel dafür, wie die Soziologie sich von der Befassung mit Transformation lösen und der Gegenwart zuwenden könnte (Kolasa-Nowak 2014). Hier beobachtet man gesellschaftliche Dynamiken, in denen sich EU-Richtlinien auf gesellschaftliche Schließungsprozesse auswirken und diese umgekehrt in den Diskurs der EU über Migration Eingang finden – auf eine Weise, die wesentlich komplexer ist als die Lage in vielen westlichen Mitgliedsstaaten der EU, für die hauptsächlich die Unterscheidung zwischen EU-Binnenmigration und Einwanderung von außerhalb der EU entscheidend ist. Denn die seit dem EU-Beitritt Polens zunehmende Zahl an polnischen Erwerbstätigen im EU-Ausland (vor allem in Deutschland und in Großbritannien) führte einerseits zu einer stärkeren europäischen Arbeitsmarktintegration (Favell 2008), andererseits aber zu sozialen Disparitäten, die in Polen und den Zielgesellschaften sehr unterschiedlich gerahmt wurden. Das wurde vor allem im Bereich von fast ausschließlich von Frauen wahrgenommenen Pflgetätigkeiten in Westeuropa deutlich: Erwartungen an praktisch ständige Verfügbarkeit und Deutschkenntnisse der Pflegerinnen auf deutscher Seite; Vorwürfe, die eigenen Familien im Stich zu lassen auf polnischer Seite (Motowidlo 2023). Die polnische, PiS-geführte Regierung lehnt seit 2015 mit großer Verve die Aufnahme von Geflüchteten aus der MENA-Region³ ab und beruft sich dabei auf die Unterstützung von Teilen der Bevölkerung (Jaskulowski 2018; Stojarová 2018). Aber diese konfrontative Logik wird durch geopolitische Erwägungen und zivilgesellschaftliche Aktivitäten kompliziert. Dies zeigt sich an den Konfrontationen an der polnisch-belarusischen Grenze, als die belarusische Regierung versuchte, Geflüchteten aus der MENA-Region die irreguläre Einreise nach Polen zu ermöglichen, was die polnische Regierung zu einer Verstärkung der Undurchlässigkeit der Grenze veranlasste, aber zugleich auch zivilgesellschaftliche Protestaktivitäten gegen diese Politik auf den Plan rief (Balicki 2022). Die sehr entgegenkommende Aufnahme ukrainischer Geflüchteter durch die polnische Regierung und Gesellschaft wiederum kontrastiert nicht nur stark mit einer auch in Westeuropa eher skeptischen Haltung gegenüber Zuwanderung aus der MENA-Region, sondern wird

3 Middle East and North Africa

politisch genutzt, um das politische Gewicht Polens innerhalb der EU zu verstärken (Vetter 2022).

Migration ist somit einerseits ein Komplex sozialer Erscheinungen, der in ausgesprochen hohem Maße die transnational-europäische Konstitution und politische Selbstverortung Polens in der EU wie auch mit Blick auf die östlichen Nachbarn bestimmt. Aber angesichts der extremen Heterogenität dieser Dynamik im Lichte der Erfahrungen, Repräsentationen und sozialen Prozesse in der polnischen Gesellschaft, und in Wechselwirkung mit (nicht nur) dem EU-Ausland, ist Migration auch ein Begriff, der seine Eindeutigkeit verliert. Dies fordert westliche Analysen und Gegenwartsdiagnosen heraus, die – etwa im Idiom der ›Postmigrationsgesellschaft‹ – vielleicht zu starke Vereindeutigungen vornehmen. Hingegen lässt sich die gegenwärtige Lage in Polen gegenwartsdiagnostisch an Gesellschaften in Südosteuropa anschließen, die nicht zur EU gehören, genau deswegen aber zentrale Schauplätze in der EU-Geflüchtetenpolitik darstellen. Danijela Majstorović (2021) diagnostiziert die gegenwärtige bosnisch-herzegowinische Gesellschaft als eine von »peripheral selves«, in der Geflüchtete aus der MENA-Region auf eine gesellschaftspolitische Lage treffen, die weite Teile der Bevölkerung vor die Wahl zwischen dem Versuch, in die EU zu gelangen, und politischen Widerstand gegen das Regime stellt. Auch hier verliert ›Migration‹ ihre konzeptuelle Einheitlichkeit: Zwischen der harten EU-Grenzpolitik, die Bosnien als eine Art Pufferzone gegenüber der MENA-Region betrachtet, autoritären Politiken und (sehr unterschiedlichen) sozialen und politischen Aspirationen entstehen extrem heterogene, in unterschiedliche transnationale Richtungen gezogene Sozialräume.

Dies zeigt auch, dass Migration und transnationale Sozialräume in Europa in Wechselwirkung mit transeuropäischen Räumen treten. In den gegenwartsdiagnostischen Blick gehören die enormen, von der (deutschen, europäischen, westlichen und auch südlichen) Soziologie des Transnationalismus bisher kaum bemerkten, nach Osten und Süden ausgeweiteten transnationalen und transgesellschaftlichen Verflechtungen des östlichen Europa, die durch Arbeitsmigration, Sprachbeziehungen, Bildungs- und kulturelle Prozesse, gegenwärtig auch durch Flucht entstehen. Es geht nicht nur um die Flucht von Ukrainer*innen in die EU, sondern auch um aktuelle Flucht aus Russland nach Zentralasien, in die Mongolei, die Türkei, nach Georgien und den mittleren Osten.

Gegenwartsdiagnose und Kolonialität im östlichen Europa

Debatten über die Kolonialität der westlichen Moderne werden mittlerweile auch vom östlichen Europa aus geführt – nicht nur mit Blick auf die Sowjetunion und die Russländische Föderation, die als Imperien eigener Art analysiert werden (Flostanova 2012), sondern auch mit Blick auf »Integration« nach Westeuropa (Boatcă 2010). Hier formieren sich Kritiken am *Westeuropazentrismus*. Daraus erwächst die Frage nach einer post- oder dekolonialen Gegenwartsdiagnose Europas, für die das östliche Europa ein Feld gewichtiger Positionen bereithält. Diese flektieren gegenwärtige post- und dekoloniale Kritikmodi in den Sozialwissenschaften. Der Impetus postkolonialer Kritik – hervorgegangen aus der *colonial discourse analysis* und entwickelt anhand der Geschichte der britischen Kolonien in Südasien – besteht in einer Kritik der orientalistischen Repräsentation und einer Infragestellung der Deutungshoheit europäischer Diskurse bezüglich der kolonisierten Anderen.⁴ Diese Kritikmodalität findet sich derzeit in Vorwürfen gegenüber europäischen Regierungen, mit dem Hinweis auf »legitime« Interessen Russlands zu zögerlich bei der militärischen Unterstützung der Ukraine zu sein und damit einen kolonialen, ebenso westlichen wie russischen Blick auf das Land zu perpetuieren (Sonevitsky 2022). Sie ist aber auch in einigen Gesellschaften des östlichen Europa – insbesondere derzeit in Polen und Ungarn – zu einem Idiom von Regierungen geworden, die dem Autoritarismus zuneigen, der westlichen EU Imperialismus vorwerfen und ihr jurisdiktionale Berechtigung absprechen (Lang 2022; Vetter 2022). Damit wird der postkoloniale Kritikmodus zu einem direkten Bestandteil politischer Aushandlungsprozesse in der EU.

Die Stoßrichtung dekolonialer Kritik ist, in den Worten Mignolos (2011), ein *delinking* von ökonomischen, politischen und kulturell-epistemologischen Hegemonieansprüchen des Westens beziehungsweise Nordens. Allerdings betreiben viele Gesellschaften des östlichen Europa wie Polen, die baltischen Staaten und die Ukraine ein solches *delinking* derzeit in erster Linie gegenüber der Russländischen Föderation, während institutionelle, kulturelle und ökonomische Interdependenzen mit Europa beziehungsweise der EU – die daran arbeitet, ihre Verflechtungen mit der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau massiv auszubauen, und zwar im Verein mit den Regierungen dieser Länder – eher zunehmen. Im östlichen Europa ist Mignolos »dekoloniale Option« nicht eindeutig, sondern führt zu komplexen, kollaborativ-antagonistischen Verflechtungen.

4 Für eine Rekonstruktion dieses Kritikmodus siehe Langenohl (2007: 116 ff.).

Die Bezugnahme auf Kolonialität ist somit ein äußerst dynamisierendes und heterogenes Moment in gesellschaftlichen und politischen Vorstellungswelten in Europa und hat direkte Auswirkungen auf gegenwärtige und zukünftige transnationale institutionelle und gesellschaftliche Prozesse. Dies ist ein idealer Einstiegspunkt für die soziologische Gegenwartsdiagnose, deren Stärke darin liegt, aus einer Analyse schwer überschaubarer Verhältnisse zentrale Impulse zur Vorstellung möglicher zukünftiger Trajektorien zu gewinnen.

Praktizierter radikaler gesellschaftlicher Wandel

Gegenwartsdiagnosen nehmen eine analytische Dramatisierung inkrementellen Wandels, also eine kontrollierte Zuspitzung vor. In vielen Gesellschaften des östlichen Europa wird diese analytische Herangehensweise kompliziert, weil dramatische, nicht nur inkrementelle, Wandlungsprozesse stattfanden: das Ende der UdSSR und des Warschauer Pakts; abrupte Einbeziehung in neue zwischengesellschaftliche und transnationale Prozesse, vor allem die EU; und ein Rollout neoliberaler Politiken. Mit solchen historischen Brüchen tun sich Gegenwartsdiagnosen schwer, weil sie eher auf *Umbrüche*, das heißt qualitative Umschwünge inkrementeller Wandlungsprozesse, spezialisiert sind (Langenohl 2019). Die Transformationsliteratur war ein solcher gegenwartsdiagnostischer Versuch. Aber sie machte den Fehler, weniger die Wandlungsdynamik als das Verhältnis zu einem Zielzustand ins Zentrum zu rücken. So wurde die Differenz zwischen Ost- und Westeuropa zementiert: Osteuropa als die Region, die, mit einem alteritären Vergangenheitsballast beschwert, an einem Zielzustand entlang diagnostiziert wurde; Gesellschaften in Westeuropa, für die Diagnosen auf inkrementelle Wandlungsprozesse, gegenwärtige Dynamiken und daher auch Zukunftsoffenheiten reflektierten. Folgendes wäre erstrebenswert: Gegenwartsdiagnosen von Gesellschaften in transgesellschaftlichen Verflechtungen, die historische Brüche einbeziehen, ohne diese zum Anlass von Alteritätskonstruktionen zu nehmen.

Es geht somit um ein Ernstnehmen nicht-inkrementeller gesellschaftlicher Wandlungsprozesse, die dennoch sozial und daher ergebnisoffen vollzogen werden – also um praktizierten radikalen gesellschaftlichen Wandel.⁵ Der geopolitischen Sicht auf Osteuropa und auf europäische Integration, die in der gegenwärtigen Kriegssituation Raum greift, muss eine Perspektive auf

5 Für eine biografiethoretische Perspektive vgl. Reiter (2012).

gesellschaftliche Prozesse, auch im Sinne einer politischen Soziologie, entgegengesetzt werden. Die durch den Krieg ausgelösten oder verstärkten radikalen gesellschaftlichen Veränderungen in der Ukraine und benachbarten Gesellschaften werden für Europa mindestens ebenso wichtig sein wie geopolitische Verschiebungen. Neuere soziologische Forschungen zur Ukraine geben Einblick in solche möglichen Veränderungen: eine Neudefinition des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat, die sich etwa im Erproben von *participatory budgeting* (Schmäing 2023), aber auch in der problematischen Ausweitung zivilgesellschaftlicher Aktivität auf klassische Staatsaufgaben zeigt – besonders drastisch: Landesverteidigung (Worschech 2018); die Positionierung nicht-heteronormativer Gruppen, die auf ein »westlich« geprägtes Anerkennungsregister Bezug nehmen, das ungewollt zu ihrer Marginalisierung beitragen kann (Martsenyuk 2016); oder nicht-institutionelle Formen sozialer Koordination unter Kriegsbedingungen, auf die Teile der Resilienz und des Erfolgs des ukrainischen militärischen und gesellschaftlichen Widerstands gegen den Angriff der russländischen Armee zurückgeführt werden (Korablyova 2022; Stepanenko 2022).

Schließlich: Um diese, hier nur schlagwortartig genannten, Veränderungsprozesse zu diagnostizieren, müssen die »Ränder« der Gesellschaften im östlichen Europa im Zusammenhang mit grundlegenden gesellschaftlichen Benachteiligungsstrukturen betrachtet werden. Historisch gesehen ist das östliche Europa eine Region, in der Benachteiligungs-, Marginalisierungs- und Exklusionsprozesse nicht immer entlang der Unterscheidung von Mehr- und Minderheit verliefen. Denn diese Geschichte ist durch massive Verflechtungen, Umverteilungen von Populationen und kulturellen Umorientierungen (etwa bei der Sprachen- und Kulturpolitik) geprägt. Benachteiligung bezieht sich hier nicht unbedingt nur auf die demografischen »Ränder« der Gesellschaft(en) – ein Punkt, der die Rede von Minderheiten generell erschwert. Die Soziologie könnte daraus auch in und für (West-)Europa Wichtiges schließen, wo man zu denken gewohnt ist, dass Marginalisierung und Minderheitlichkeit untrennbar zusammengehören und Benachteiligung und Marginalisierung daher häufig als das Problem *allein* von Minderheiten betrachtet werden. Der Lerneffekt könnte ein doppelter sein: eine zunehmende Aufmerksamkeit für die Benachteiligung sehr großer Bevölkerungsgruppen,⁶ und umgekehrt eine effektivere analytische Rückbeziehung der Benachteiligung von Minderheiten auf umfassende Benachteiligungsstrukturen.

6 Durchaus auch entlang der Sozialstruktur, man denke an Pflegeberufe und Arbeitsmigrant*innen in der Pandemie.

Literatur

- Balicki, Janusz 2022: Migration Crisis on the Polish-Belarusian Border (2021–2022) From a Humanitarian and Human Rights Perspective. *Studia Europejskie – Studies in European Affairs*, vol. 26, no. 2, 75–87.
- Boatcă, Manuela 2010: Grenzsetzende Macht. *Berliner Journal für Soziologie*, 20. Jg., Heft 1, 23–44.
- Bluhm, Katharina 2010: Theories of capitalism put to the test: Introduction to a debate on Central and Eastern Europe. *Historical Social Research / Historische Sozialforschung*, 35. Jg., Heft 2, 197–217.
- Büttner, Sebastian M. / Leopold, Lucia / Mau, Steffen / Posvic, Matthias 2015: Professionalization in EU policy-making? The topology of the transnational field of EU Affairs. *European Societies*, vol. 17, no. 4, 569–592.
- Favell, Adrian 2008: The new face of East-West migration in Europe. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, vol. 34, no. 5, 701–716.
- Fligstein, Neil 2011: Markets and firms. In Adrian Favell / Virginie Guiraudon (eds.), *Sociology of the European Union*. Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan, 100–124.
- Hardy, Jane 2009: *Poland's New Capitalism*. London.
- Jaskulowski, Krzysztof 2018: The Everyday Politics of Migration Crisis in Poland: Between Nationalism, Fear and Empathy. Cham: Palgrave Pivot, 31–54.
- Kolasa-Nowak, Agnieszka 2014: Polish sociology after twenty-five years of post-communist transformation. *SOZIOLOGIE*, 43. Jg., Heft 4, 399–425.
- Korablyova, Valeria 2022: Ukrainian phronesis: Bottom-up resistance and the banality of goodness. *Topos. Journal of Philosophy and Cultural Studies*, vol. 2, 48–55.
- Korkut, Umut 2009: Reversing the wave: The perverse effects of economic liberalism on human rights. *Sociologický časopis / Czech Sociological Review*, vol. 45, no. 3, 571–590.
- Lang, Kai-Olaf 2022: Frust und Entfremdung. Warschauer konfrontative Deutschlandpolitik. *Osteuropa*, 72. Jg., Heft 9/10, 39–51.
- Langenohl, Andreas 2000: Erinnerung und Modernisierung. Die Rekonstruktion politischer Kollektivität am Beispiel des Neuen Rußland. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Langenohl, Andreas 2007: Tradition und Gesellschaftskritik. Eine Rekonstruktion der Modernisierungstheorie. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Langenohl, Andreas 2016: A crisis of critical signification: The actualization of center-periphery semantics in the European Union. *Przegląd socjologiczny*, vol. 65, no. 4, 9–32.
- Langenohl, Andreas 2019: Transkulturelle Momentaufnahmen: Zu einer kulturtheoretischen Fundierung der soziologischen Gegenwartsdiagnose. In Michael Baseler / Ansgar Nünning (Hg.), *Fachdidaktik als Kulturwissenschaft: Konzepte, Perspektiven, Projekte*. Trier: WVT, 243–256.

- Langenohl, Andreas 2021: Displacing voting in the jump to the market: Post-socialist transition and neoliberal reform. *Topos. Journal for Philosophy and Cultural Studies*, no. 1, 87–106.
- Majstorović, Danijela 2021: Discourse and Affect in Postsocialist Bosnia and Herzegovina: Peripheral Selves. New York.
- Manolova, Polina / Kušić, Katarina / Lottholz, Philipp (eds.) 2019: Decolonial Theory and Practice in Southeast Europe. *Dversia*, special issue 03/19.
- Martsenyuk, Tamara 2016: Sexuality and Revolution in Post-Soviet Ukraine: LGBT Rights and the Euromaidan Protests of 2013–2014. *Journal of Soviet and Post-Soviet Politics and Society*, vol. 2, no. 1, 49–74.
- Mignolo, Walter 2011: *The Darker Side of Western Modernity: Global Futures, Decolonial Options*. Durham, London: Duke University Press.
- Motowidlo, Jagoda 2023: Streiten auf Distanz!? Transstaatliche Familienpraxis in soziotechnischen Konstellationen. Bielefeld: transcript.
- Reiter, Herwig 2012: On biographical alienation. *Zeitschrift für Soziologie*, 41. Jg., Heft 1, 24–40.
- Schmäing, Sophie 2023: *Urban Democracy in the Making: How Participatory Budgeting Reshaped State-Citizen Relations and Local Communities in Post-Maidan Ukraine*. Dissertation am Fachbereich 03 Sozial- und Kulturwissenschaften, Justus-Liebig-Universität Gießen.
- Solari, Cinzia 2017: *On the Shoulders of Grandmothers: Gender, Migration, and Post-Soviet Nation-State Building*. London, New York: Routledge.
- Sonevytsky, Maria 2022: What is Ukraine? Notes on epistemic imperialism. *Topos. Journal of Philosophy and Cultural Studies*, no. 2, 21–30.
- Spohn, Wilfried 2010: Europäische multiple Modernität als interzivilisatorische Konstellation. *Berliner Journal für Soziologie*, 20. Jg., Heft 1, 5–22.
- Stepanenko, Viktor 2022: Ukrainian society under war: An insider's sociological notes. *Przeгляд socjologiczny*, vol. 71, no. 3, 9–24.
- Stojarová, Věra 2018: Populist, radical and extremist political parties in Visegrad countries vis à vis the migration crisis. In the name of the people and the nation in Central Europe. *Open Political Science*, vol. 1, no. 1, 32–45.
- Tlostanova, Madina 2012: Non-European Soviet ex-colonies and the coloniality of gender, or how to unlearn Western feminism in Eurasian borderlands. In Madina Tlostanova / Walter Mignolo, *Learning to Unlearn: Decolonial Reflections from Eurasia and the Americas*. Columbus: Ohio State University Press, 122–149.
- Vetter, Reinhold 2022: Politische Paranoia. Die antideutsche Propaganda der polnischen Rechten. *Osteuropa*, 72. Jg., Heft 9/10, 85–107.
- Weiner, Elaine 2007: *Market Dreams: Gender, Class, & Capitalism in the Czech Republic*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Worschech, Susann 2018: Is conflict a catalyst for civil society? Conflict-related civic activism and democratization in Ukraine. In Natalia Shapovalova / Olga Burlyuk (eds.), *Civil Society in Post-Euromaidan Ukraine. From Revolution to Consolidation*. Stuttgart: ibidem-Verlag, 69–99.